

STREIT

Titelthema: Putins Kalkül – zu allem bereit?

12



Foto: Springer / Reuters, kl. Fotos: C. Spicker / AdoroPress, Martin Langemann / WELT, Jullieteh bild.co

Nicht nur Urlaubern ist die Krim »heilig«. Schon im August beschoss die Ukraine Ziele auf der Halbinsel

Sollte Deutschland auch die Rückeroberung der Krim unterstützen?

Und was, wenn die Ukraine mit westlichen Waffen in jenen Gebieten angreift, die Russland annektiert hat?
Der FDP-Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff und der Konfliktforscher Johannes Varwick streiten über die Risiken

DIE ZEIT: Herr Lambsdorff, Herr Varwick, der ukrainische Präsidentenberater Michailo Podoljak sagte vergangene Woche in der *ZEIT*, die Armee seines Landes müsse noch riesige Territorien von den Russen befreien, darunter »Luhansk, Donezk sowie die besetzte Halbinsel Krim«. Sollte Deutschland die Ukraine bei all diesen Rückeroberungen unterstützen?

Johannes Varwick: Völkerrechtlich ist die Lage zwar klar: Das ist alles ukrainisches Staatsgebiet. Trotzdem finde ich, dass Deutschland die Ukraine dabei nicht unterstützen sollte. Der Preis wäre zu hoch. Wir müssen – so unschön das ist – einen Status quo akzeptieren, der weder gerecht noch legal ist. Denn die Alternative wäre eine Eskalation, möglicherweise unter Einsatz von Nuklearwaffen. Unverantwortlich.

Alexander Graf Lambsdorff: Mir gefällt das Wort »Rückeroberungen« nicht, denn es geht um Befreiung. Wir wissen, dass es unzählige Folterungen, Vergewaltigungen und Exekutionen in den besetzten Gebieten gegeben hat. Ich will einen Status quo in einem genozidal geführten Krieg auch nicht akzeptieren. Das ist weder mit unseren Werten noch mit unseren Interessen vereinbar. Diese Befreiung sollten wir daher unterstützen.

ZEIT: Putin sagt, wenn die »territoriale Integrität« Russlands bedroht sei, behalte er sich »den Einsatz aller verfügbaren Mittel« vor, also auch den von Atomwaffen. Und durch die Scheinreferenden holt er Teile der Ukraine – Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja – unter seinen nuklearen Schutzschirm. Was bedeutet das für die deutsche Risikoabwägung?

Lambsdorff: Wir sollten uns nicht beirren lassen. Es ist doch gerade Putins Ziel, mit seinen nuklearen Drohungen exakt solche Diskussionen im Westen auszulösen, wie wir sie jetzt gerade hier führen. Er will, dass wir uns fragen: Müssen wir angesichts seiner angeblichen Eskalationsdominanz Kompromisse schließen? Nein, müssen wir nicht. Putins Drohungen sind nicht belastbar, denn sie sind von der russischen Nukleardoktrin nicht gedeckt. Die sieht den Einsatz von Nuklearwaffen nur bei einer existenziellen Bedrohung für den staatlichen Fortbestand Russlands vor.

ZEIT: In Putins Logik wäre es ja kein Angriffs-, sondern ein Verteidigungsschlag, wenn die Ukraine angebliches russisches Staatsgebiet angreift.

Lambsdorff: Diese Fiktion aufzubauen ist seine kommunikative und psychologische Absicht. Nur kauft ihm das niemand ab, weder der Westen noch

China. Sogar Serbien hat erklärt, es werde diese Pseudoabstimmungen ignorieren.

Varwick: Herr Lambsdorff, wir sind uns einig, dass diese »Referenden« Taschenspielertricks sind. Trotzdem sind sie nicht nur die russische Realität, sondern auch eine kalte, brutale Strategie eines in die Ecke gedrängten Putin. Deswegen glaube ich, dass wir seine jetzigen Drohungen ernst nehmen müssen. Und vorsichtig sein.

ZEIT: Was konkret hieße »vorsichtig sein«?

Varwick: Dass wir über eine politische Lösung nachdenken sollten. Wollen wir die Position einnehmen, dass erst dann mit Russland verhandelt wird, wenn der Zustand vor dem 24. Februar 2022 wiederhergestellt ist? Oder sollten wir nicht lieber etwas vorausschauender sein und sagen, dass es in dieser brenzigen Lage das Beste wäre, den Krieg einzufrieren und nach einer Lösung für die besetzten Gebiete zu suchen? Damit würde man Russlands Eroberungen nicht legitimieren. Aber es würde die Lage entschärfen. Über dieser Krise schwebt das reale Risiko einer nuklearen Eskalation. Das unterscheidet diese Krise von allen anderen in der jüngeren Vergangenheit.

Lambsdorff: Sorry, wir müssen raus aus der Denklage, dass derjenige, der Nuklearwaffen besitzt, in einer militärischen Auseinandersetzung zwangsläufig obsiegen muss. Das Scheitern der USA in Vietnam und der Sowjetunion in Afghanistan zeigt das doch. Und ich glaube, noch mal, dass die russische Führung rational genug ist, um zu wissen, dass der Einsatz von Nuklearwaffen Russland vollends aus der Gemeinschaft aller Nationen – nicht nur der westlichen – ausschließen würde.

ZEIT: Die meisten Beobachter haben Putins Skrupellosigkeit und Vernichtungswillen unterschätzt. Er hat ganze Städte dem Erdboden gleichgemacht. Warum sollte man also keine Sorge davor haben, dass er nuklear eskaliert?

Lambsdorff: Man kann diese Sorge haben. Aber ich komme analytisch zu einem anderen Schluss. Putin entstammt dem sowjetischen Apparat. Der sowjetische Apparat hat nie Atomwaffen eingesetzt. Putin hat in keinem der bisherigen Konflikte, die er eingegangen ist, Nuklearwaffen auch nur in Erwägung gezogen. Er droht regelmäßig mit ihrem Einsatz, das schon. Aber doch deshalb, weil er weiß, welche psychologische und diskursive Wirkung diese Drohungen im Westen auslösen. Ich halte die Gefahr einer nuklearen Eskalation für extrem gering.

Varwick: Immerhin können Sie in den Zeitungen gerade lesen, was Jake Sulli-

van, Joe Bidens Sicherheitsberater, gesagt hat: Es gibt einen Notfallplan auf amerikanischer Seite. Der befasst sich mit der Frage, wie man auf einen Nuklearschlag der Russen reagieren würde. Das beweist, dass man einem nuklearen Armageddon zumindest näher ist als seit Jahrzehnten. Ich würde die Züge, die da aufeinander zurasen, lieber stoppen, ehe sie aufeinanderprallen.

Lambsdorff: Aber Herr Varwick! Alleine die Benutzung des Begriffs »nukleares Armageddon« ist exakt das, was sich der Kreml wünscht. Die Amerikaner sagen ja gerade, dass sie nicht mit Nuklearwaffen antworten würden, wenn Russland taktische Nuklearwaffen einsetzen sollte.

ZEIT: Herr Lambsdorff, als Putin 2014 die Krim annektierte, sagte er, die Halbinsel habe für Russland »sakrale Bedeutung«. Die Krim sei den Russen »so heilig wie der Tempelberg«. Erst im März, bei den Istanbul Friedensverhandlungen, hat die Ukraine selbst vorgeschlagen, die Krim-Frage auszuklammern und einzufrieren: Es solle einen bis zu 15 Jahre langen Verhandlungsprozess über ihren Status geben. Wäre das heute so falsch?

Lambsdorff: Wenn die ukrainische Seite das sagt, kann man das akzeptieren. Und ja, Putin beschreibt die Krim als heiligen Ort. Das zeigt, dass er in einer Welt lebt, die mit dem 21. Jahrhundert nichts zu tun hat. Wenn wir Kategorien wie »Heiligkeit« in der internationalen Politik wieder zulassen, kehren wir zurück in die schlechte, alte europäische Geschichte, in der der Anspruch, Gebiete zu »erlösen«, sie »heim ins Reich« zu holen, legitim und deshalb Krieg der Normalzustand, nicht die Ausnahme auf unserem Kontinent war. Dahin dürfen wir niemals zurück.

Varwick: Ich stimme Ihnen ja zu: Putin hat die Büchse der Pandora geöffnet mit seinem neoimperialen Krieg. Aber wir dürfen doch nicht allein darauf hoffen, diese Büchse wieder schließen zu können. Wir müssen Kompromisse suchen.

ZEIT: Nur dass Putin die nicht finden will.

Varwick: Also, ich habe seine Mobilisierungsrede vergangene Woche so verstanden, dass er abrückt von dem Willen, die ukrainische Staatlichkeit vernichten zu wollen. Er scheint sich etwas – ich sage es in Anführungsstrichen – bescheideneren Zielen zuzuwenden, nämlich der Sicherung des Donbass und der Oblaste Saporischschja und Cherson. Das könnte vielleicht ein Ausgangspunkt für Verhandlungen sein. Stattdessen als Ziel auszugeben, dass der Donbass und die Krim zurückerobert werden, würde uns in einen Abnutzungskrieg führen. Deshalb haben wir eine Verantwortung, auf die Ukraine einzuwirken.

ZEIT: Wer Waffen liefert, darf mitreden?
Varwick: Natürlich. Ich weiß gar nicht, warum die-

ser Gedanke so tabuisiert wird. Es ist doch ganz normal in der Politik, dass man versucht, auf seine Partner einzuwirken. Der Krieg wäre übermorgen zu Ende, wenn wir keine Waffen mehr liefern würden. Daher geben uns die Lieferungen Verantwortung und einen gewissen Einfluss auf das Geschehen.

Lambsdorff: Ich sehe da gar kein Tabu. Ich verstehe bloß nicht, warum wir jetzt den Ukrainern Teile ihres Staatsgebietes ausreden sollten. Man stelle sich mal vor, ein fremder Staat würde Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen besetzen und die Bevölkerung ermorden. Was würden wir von »Freunden« halten, die sagen: Jetzt habt euch mal nicht so, gebt halt große Teile davon ab? Das Problem ist, dass Putin seine Einverleibungspolitik fortsetzen würde. Russland würde Pässe ausgeben, um damit einen Anspruch zu schaffen, diese Menschen zu vertreten und zu »beschützen«. Tatsächlich würden diese Gebiete sehr rasch zum Aufmarschgebiet für die nächste Offensive.

ZEIT: Herr Lambsdorff, die Bundesregierung wirkt doch im Grunde schon auf die Ukraine ein, indem sie ihre Unterstützung an sie steuert. Denn warum, wenn nicht aus Angst vor einer nuklearen Eskalation, liefert Deutschland keine Kampfpanzer?

Lambsdorff: Weil das der gesamte Westen so handhabt. Wir haben in der Nato das Prinzip des *risk sharing*. Es bedeutet, dass man in der Allianz bestimmte Entscheidungen gemeinsam trifft – um das Risiko aufzuteilen. Würde ein einzelnes Land der Ukraine Waffen von bislang ungekannter Kampfkraft liefern, wäre dieses Land extrem exponiert, hätte ein eigenes, erhöhtes Risiko.

Varwick: Ich finde das etwas verquast und theoretisch. Es ist doch offensichtlich, dass wir nicht »*all in*« gehen in der Ukraine. Wir entsenden keine eigenen Soldaten, wir errichten keine Flugverbotszone, wir liefern keine Kampfpanzer. Und das hat doch den alleinigen Grund, dass wir nicht in einen Krieg mit Russland geraten wollen.

Lambsdorff: Das ist ja auch richtig so. Der Konsens im Westen ist klar: Die Nato wird nicht Kriegspartei. Das sagen wir klar und deutlich. Deshalb leisten wir unsere Unterstützung die ganze Zeit über entschlossen und maßvoll. Mit der Einrichtung einer Flugverbotszone oder der Entsendung von Kampfverbänden aber würden wir sofort zur Kriegspartei.

Varwick: Trotzdem müssen wir jetzt innehalten und über einen realpolitischen Interessenausgleich in dieser völlig verfahrenen Situation nachdenken. Das wird nicht zu sofortigem Frieden führen. Wir werden nach diesem heißen Krieg zwei revisionistische Mächte in

Europa haben, die Ukraine und Russland, die sich feindlich gegenüberstehen. Wie man das löst, müssen andere Generationen entscheiden. Die Aufgabe unserer Generation ist es erst einmal, nicht in einen unkalkulierbaren, möglicherweise nuklearisierten Krieg mit Russland zu geraten.

ZEIT: Herr Varwick, Sie sagen, Sie hätten bei Putin eine Veränderung der Kriegsziele wahrgenommen. Das wäre dann auch ein Erfolg der Waffenlieferungen, oder?

Varwick: Das wird man erst vom Ende her beurteilen können. Wenn wir – was wir derzeit nicht wissen können – noch am Beginn einer abschüssigen Bahn stehen, die in einem Nuklearkrieg endet, waren die Lieferungen ein Fehler. Wenn wir schnell einen Kompromiss zu möglichst guten Bedingungen für die Ukraine hinbekommen, waren sie ein Erfolg. Ich bin kein Träumer. Deutschland kann jetzt nicht ausscheren und aus den Waffenlieferungen ganz aussteigen. Aber es sollte bitte auch beharrlich an politischen Lösungen arbeiten! Und da kommt zu wenig von der Bundesregierung: Aus dem Auswärtigen Amt kommt gar nichts, da wird nur auf die Kriegskarte gesetzt. Im Kanzleramt ist es etwas differenzierter. Aber insgesamt bringt Deutschland sein politisches Gewicht nicht genug ein.

Lambsdorff: Ich will deutlich widersprechen, dass im Auswärtigen Amt nur auf die Kriegskarte gesetzt werde. Es war Lawrow, der bei der UN in New York seinen Termin mit Annalena Baerbock hat platzen lassen – und es war Scholz, der mit Putin gesprochen hat. Die Vorstellung, dass die deutsche Politik die Kommunikationskanäle nicht bespielen würde, ist falsch. Das bringt uns viel Kritik ein, aber ich halte es für richtig: Wenn man diese Gesprächskanäle nicht pflegt, verpasst man noch, wenn im russischen Beton die ersten Haarrisse zu erkennen sind.

Varwick: Das Missverständnis in der deutschen Debatte ist, zu glauben, dass Gespräche schon Diplomatie bedeuten. Nur miteinander zu telefonieren, das wissen Sie besser als ich, ist noch keine Diplomatie. Unvereinbare Positionen zu einer gemeinsamen Position zu schmieden: Das ist Aufgabe der Diplomatie.

Lambsdorff: Gut, aber das Schmieden setzt voraus, dass man Hammer, Amboss und ein heißes Stück Metall hat, das sich schmieden lässt. Und das russische Eisen ist zurzeit leider eiskalt.



Alexander Graf Lambsdorff, 55, ist ausgebildeter Diplomat und Vize-Fraktionschef der FDP



Johannes Varwick, 54, ist Professor für internationale Politik an der Uni Halle-Wittenberg

Moderation: Jochen Bittner und Martin Machowecz